

13.27

Abgeordnete Dr. Brigitte Povysil (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren im Plenum, auf der Galerie, im Internet und in den sozialen Medien! Die Diskussion Versicherungspflicht versus Pflichtversicherung ist eine schon lang andauernde und eine noch nie wirklich zur Versicherungspflicht hin enden wollende.

Unser Gesundheits- und Sozialsystem beschreibt Solidarität als oberstes Prinzip. Das bedeutet, die Bürger sind nicht nur für sich selbst verantwortlich, sondern sie werden als Mitglieder einer Gemeinschaft gesehen und gewähren sich gegenseitig Unterstützung und Hilfe. Und diese Solidarität stellt das wichtigste und zentrale Prinzip einer sozialen Sicherheit dar.

In unserem System der Pflichtversicherung erfolgt eine Zuordnung des Versicherten zu einem Versicherungsträger je nach seinem Beruf, jegliche weitere Versicherung ist dann allerdings freiwillig. Was garantiert diese Pflichtversicherung? – Sie garantiert gleiche Leistungen für alle Anspruchsberechtigten, unabhängig von Alter, Geschlecht und Vorerkrankung. Es gibt also keinen Risikoausschluss. Sie garantiert soziale Gerechtigkeit durch lohn-, gehalts- und pensionsabhängige Krankenversicherungsbeiträge, und sie garantiert einen gesetzlichen Leistungsanspruch. Welche Leistungen Krankenkassen zu erbringen haben, ist gesetzlich geregelt, und es besteht größtenteils auch ein durchsetzbarer Rechtsanspruch.

Im Rahmen der laufenden Sozialversicherungsreform – das ist ja kein Geheimnis – versuchen wir nun, die gesamte österreichische Sozialversicherungsstruktur zu verschlanken, effizienter zu gestalten. Was für einen Riesenmachterlust das für einen Teil der hier anwesenden Abgeordneten bedeutet, haben wir schon durch die vielen, vielen, auch sehr unqualifizierten Meldungen in einer der letzten Debatten vonseiten der Sozialisten gehört. Mir fällt es hier etwas schwer, das Wort Sozialdemokraten zu verwenden. *(Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Was wollen wir mit dieser Sozialversicherungsreform erreichen? Wir wollen Leistungen modernisieren, wir wollen sie harmonisieren und wir wollen gleiche Leistungen für gleiche Beiträge in ganz Österreich haben.

Eine Abkehr von der Pflichtversicherung hin zu einer Versicherungspflicht würde nicht nur den Solidaritätsgedanken, sondern auch die soziale Sicherheit im Krankheitsfall infrage stellen. Das ist nicht das Ziel unserer Gesundheitspolitik. Wir stehen für eine

solidarische, jeden Bürger einschließende Gesundheitsversorgung. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

13.29

Präsidentin Anneliese Kitzmüller: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Kucher. – Bitte, Herr Abgeordneter.